

Die GmbH in der Krise

Bauer

6. Auflage 2020
ISBN 978-3-406-74295-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Bauer
Die GmbH in der Krise

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die GmbH in der Krise

Rechts- und Haftungsfragen
der Unternehmenssanierung,
Insolvenzgesellschaftsrecht

Von

Prof. Dr. Joachim Bauer
Rechtsanwalt in Berlin

6. Auflage
2020

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitievorschlag: *Bauer*, GmbH-Krise, 6.A. R.n. 1234



www.beck.de

ISBN 978 3 406 74295 8

© 2020 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Für Marion

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Das Gesellschafts-Insolvenzrecht und das insolvenznahe Gesellschaftsrecht sind nach wie vor besonders dynamische Rechtsbereiche. Sowohl durch den Gesetzgeber als auch durch die Rechtsprechung kommt es in verhältnismäßig kurzen Zeitabständen immer wieder zu wesentlichen Neuerungen und Änderungen. Eine Verlangsamung dieser Dynamik ist keineswegs zu erwarten – stehen doch bspw. mit der kurzfristig in nationales Recht umzusetzenden EU-Richtlinie zum präventiven Restrukturierungsrahmen abermals neue Abgrenzungsfragen zwischen Gesellschafts- und Insolvenzrecht, etwa zur Behandlung von Anteilsinhaberrechten im zu schaffenden Restrukturierungsrahmen, bevor.

Einige Zweifelsfragen, die etwa das MoMiG und das ESUG für den Praktiker im Gesellschafts- und Insolvenzrecht aufgeworfen haben, hat die Rechtsprechung wiederum seit der Vorauflage geklärt; für die zahlreichen nach wie vor offenen Fragen müssen praktisch umsetzbare, möglichst rechtssichere Beratungsempfehlungen gegeben werden.

So wurde die Anregung auch zur nun vorliegenden 6. Auflage dieses Werks mehrfach aus dem Kreise der Hörerschaft gesellschafts- und insolvenzrechtlicher Seminare über die Beratung der GmbH in der Krise und von Lesern der Vorauflagen an mich herangetragen. Diesen Wünschen bin ich gern nachgekommen.

Das vorliegende Werk ist vom Praktiker für Praktiker geschrieben. Es wendet sich an alle, die mit einer GmbH (einschl. UG (haftungsbeschränkt) und GmbH & Co. KG) in der wirtschaftlichen Krise rechtlich umzugehen und schwerwiegende, zu persönlicher Haftung führende Fehler zu vermeiden haben: Gesellschafter und Geschäftsführer der Gesellschaften und Rechtsabteilungen von Unternehmen, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte, Unternehmensberater und die verantwortlichen Mitarbeiter in den Sanierungsabteilungen der Kreditinstitute.

Den Aufbau des Werks habe ich beibehalten. So habe ich mich bemüht, in übersichtlicher und „logischer“ Weise – dem Sanierungsgeschehen vom Beginn durch die Mandatserteilung an folgend – die für die Praxis relevanten Rechtsfragen darzustellen, die nach der sehr „dynamischen“ Gesetzgebung und der ebenso „dynamischen“ aktuellen Rechtsprechung und die nach der Literatur zutreffenden Lösungen aufzuzeigen und Tipps und Hinweise zur praktischen Umsetzung und Mandatsbearbeitung zu geben.

Auch seit der Vorauflage haben der Gesetzgeber und insbesondere die Rechtsprechung nicht geruht und die Herausforderung und Spannung unseres Berufs durch ständige Neuerungen und Änderungen erhalten. Daher enthält die vorliegende Neuauflage wieder ein sehr umfassendes Update der seit der Vorauflage ergangenen umfangreichen aktuellen Rechtsprechung und Literatur, so dass gegenüber der Vorauflage eine durchgängige Neuzählung der Randnummern erforderlich wurde.

Gegenüber der Vorauflage waren wesentliche Änderungen bzw. Neuerungen u.a. im Bereich der steuerrechtlichen Wirkungen von Sanierungsmaßnahmen (ausnahmsweise einmal zum Vorteil der Steuerpflichtigen), der Behandlung von Gesellschafterdarlehen und vergleichbaren Finanzierungen in der Insolvenz der Gesellschaft einschl. mehrere Entscheidungen des BGH zur „Insolvenzfestigkeit“ des Cash-Pooling, der

Geltendmachung der durch Rückzahlung der Kommanditeinlage wieder aufgelebten Kommanditistenhaftung für Verbindlichkeiten in der Insolvenz der KG durch den Insolvenzverwalter (aktuell ein regelrechter „Hotspot“ in der Rechtsprechung) und im Bereich der „unendlichen Geschichte“ der Haftung der Geschäftsführer für nach Eintritt der Insolvenzreife der Gesellschaft noch geleistete Zahlungen einzuarbeiten.

Im Bereich der Unternehmenssanierung oder des Erwerbs des Unternehmens aus der Insolvenz (sog. distressed M&A) mit den Möglichkeiten des Eingriffs in die Rechte der Gesellschafter der insolventen Gesellschaft durch Insolvenzplan oder der (vorläufigen) Eigenverwaltung konnten zwar einige Haftungs- und Streitfragen durch die Rechtsprechung geklärt werden; jedoch sind die Schnittstellen und das Verhältnis zwischen Gesellschafts- und Insolvenzrecht und die damit verbundenen Zweifelsfragen noch lange nicht ausgeurteilt und daher weitgehend ungeklärt. Hier versuche ich, zu vielen für die Praxis relevanten Fragen den möglichst sicheren und dennoch zielführenden Rat zu geben und Argumentationsmuster aufzuzeigen.

Die Veröffentlichungen der einschlägigen aktuellen ober- und höchstgerichtlichen Rechtsprechung sowie der aktuellen Literatur zu den relevanten Rechtsfragen sind bis November 2019 berücksichtigt worden. Die sehr große Anzahl der Fundstellenangaben für Rechtsprechung und Literatur zu den behandelten Themen soll den Nutzer in die Lage versetzen, über meine Ausführungen hinaus schnell, zuverlässig und zielführend die für seine Fallkonstellation hilfreichen aktuellen Quellen heranzuziehen und zutreffende Lösungsansätze zu entwickeln.

In erster Linie wird die Rechtsform der GmbH (einschl. UG (haftungsbeschränkt)) behandelt. Sie ist die in Deutschland einerseits nach Zahl und Umsatzstärke wichtigste, andererseits aber auch am stärksten von Unternehmensinsolvenz betroffene Gesellschaftsform für kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen. Viele Ausführungen, etwa zu insolvenzbedingten Haftungen der Gesellschafter und zu den sehr strengen Haftungsgefahren für die Geschäftsführer wegen Fehlverhaltens in der Krise der Gesellschaft können aber auch für die Beratung von Unternehmen in anderen, insbesondere haftungsbeschränkten Rechtsformen herangezogen werden. Dies gilt besonders für die GmbH & Co. KG, auf die auch wieder an zahlreichen Stellen und in einer gesonderten Zusammenfassung ausdrücklich eingegangen wird. Teilweise werden auch Hinweise für die AG und für haftungsbeschränkte Gesellschaften nach (EU-) ausländischem Recht mit Verwaltungssitz in Deutschland gegeben.

Ich freue mich, wenn diese Ansätze dem Praktiker – und zwar auch dem gesellschafts- und insolvenzrechtlichen Spezialisten – hilfreich sind; die eingehende Beratung im konkreten Einzelfall kann das vorliegende Werk jedoch nicht ersetzen. Über Anregungen und Erfahrungsaustausch würde ich mich, wie immer, jederzeit sehr freuen.

Berlin, im November 2019

Joachim Bauer

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXVII
§ 1 Krisenfrüherkennung	1
§ 2 Die Insolvenzreife der GmbH sicher erkennen	27
§ 3 Kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Insolvenzreife der GmbH	59
§ 4 „Freie“ Sanierung (außerhalb eines Insolvenzverfahrens)	95
§ 5 Verhalten und Haftung der Kreditinstitute im Sanierungsprozess ..	149
§ 6 Vermeidung von Insolvenzanfechtungen	187
§ 7 „Typische“ Straftaten in der Krise der GmbH	275
§ 8 Haftungsgefahren für Gesellschafter in der Krise der GmbH ..	291
§ 9 Haftungsgefahren für Geschäftsführer in der Krise der GmbH ..	435
§ 10 Besonderheiten bei der Unternehmertgesellschaft/UG (haftungs- beschränkt), der englischen „Limited“ und der GmbH & Co. KG ..	523
§ 11 Haftungsgefahren für Berater im Sanierungsprozess der GmbH ..	549
§ 12 Sanierung im Insolvenzverfahren	567
§ 13 Sanierung des Gesellschafters	707
Sachverzeichnis	729

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXVII
§ 1 Krisenfrüherkennung	1
A. Erforderlichkeit der Krisenfrüherkennung, Definition und Verlauf der Unternehmenskrise	2
I. Erforderlichkeit der Krisenprophylaxe	2
II. Begriff der Unternehmenskrise	3
III. Typischer Verlauf der Unternehmenskrise	4
B. Risikomanagement und Krisenfrüherkennung im Unternehmen	7
I. Allgemeines zu Pflichten der Geschäftsleitung in Krise und Sanierung des Unternehmens	7
II. Verpflichtung zur Einrichtung eines Krisenfrühwarnsystems?	7
III. Mögliche Ausgestaltung des Risikomanagement- und Krisen- frühwarnsystems	9
IV. Implementierung und/oder Verbesserung eines Risikoma- nagementsystems	10
V. Überwachungssystem	11
VI. Prüfung des Risikofrüherkennungssystems	12
C. Frühwarnsysteme/Krisenfrüherkennung durch den Berater	12
I. Operative (mathematische) Frühwarnsysteme, Kennzahlen	12
II. Strategische Frühwarnsysteme	15
III. Krisendiagnose-Checkliste und konkrete Einzelmaßnahmen zur Insolvenzprophylaxe	18
D. Krisenfrüherkennung durch Kreditinstitute	21
I. §§ 18, 25a KWG, MaRisk – Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse	22
II. Erkenntnismöglichkeiten im Zusammenhang mit Kreditgewährung und Kontoführung	23
III. Rating – Basel II	24
IV. Sonstige Erkenntnismöglichkeiten der Kreditinstitute	25
V. Financial Covenants	25
§ 2 Die Insolvenzreife der GmbH sicher erkennen	27
A. Vorbemerkungen	28
B. Überschuldung	29
I. Definition	29
II. Überschuldungsstatus	32
III. Fortführungsprognose	36
IV. Prüfung der Überschuldungsprüfung, Zeitpunkt	39
V. Feststellung der Überschuldung der Komplementär-GmbH einer GmbH & Co. KG	39

C. Zahlungsunfähigkeit	40
I. Definition	40
II. Vermutung der Zahlungsunfähigkeit	47
III. Prüfung der Zahlungsunfähigkeit, Liquiditätsbilanz (-status), Liquiditätsplan	50
IV. Retrograde Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit	53
V. Einzelfragen im Zusammenhang mit der Zahlungsunfähig- keitsprüfung	54
VI. Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit und Widerlegung der Zahlungsunfähigkeitsvermutung	55
D. Drohende Zahlungsunfähigkeit	56
§ 3 Kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Insolvenzreife der GmbH	59
A. Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Überschuldung	60
I. Erhöhung des Eigenkapitals	60
II. Harte Patronatserklärung	73
III. Beseitigung der Überschuldung durch EAV, schuldrechtliche Verlustdeckungszusagen des Gesellschafters oder durch gesell- schaftsvertragliche Verlustausgleichspflicht?	78
IV. Rangrücktrittsvereinbarung	79
V. Forderungsverzicht	88
VI. Umwandlung/Aufnahme einer natürlichen Person als Voll- hafter	90
B. Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit	90
I. Patronatserklärung	91
II. Neuaufnahme von Krediten	91
III. Verwertung von Anlagevermögen	92
IV. Verwertung von Umlaufvermögen	92
V. Stundung und Stillhaltevereinbarungen	92
§ 4 „Freie“ Sanierung (außerhalb eines Insolvenzverfahrens)	95
A. Vorbemerkung	97
B. Allgemeines	97
I. Fehlen eines außerinsolvenzlichen Sanierungsrechts	97
II. Pflicht zur Durchführung von oder Beteiligung an einer Sanierung?	100
III. Beurteilung der Sanierungsfähigkeit	105
C. Erforderlichkeit und Anforderungen an Sanierungskonzepte, Plausibilität	107
I. Erforderlichkeit	107
II. Anforderungen nach der Rechtsprechung	108
III. Anforderungen an ein Sanierungsgutachten gemäß IDW S 6 ..	110
IV. Anforderungen an den Gutachter	113
V. Hinweise zu Schlüssigkeit und Plausibilität von Sanierungs- konzepten	113

D.	Transaktionsmaßnahmen zur Sanierung	114
	I. Übertragende Sanierung	114
	II. Gestaltungen nach dem Umwandlungsrecht	131
	III. Weitere Transaktionsformen	137
	IV. Doppelnützige Treuhand	137
	V. Insolvenzbedingte Lösungsklauseln	138
E.	Beteiligung des Finanzamts am Sanierungsprozess	139
	I. Vorbemerkung	139
	II. Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen?	140
	III. Forderungsverzicht, Besserungsschein, Schuldübernahmen ..	145
	IV. Forderungsverzicht und Sanierungszuschüsse des Gesellschafters	147
§ 5	Verhalten und Haftung der Kreditinstitute im Sanierungsprozess	149
A.	Handlungsalternativen	150
	I. Keine Sanierungspflicht	150
	II. Stillhalten	151
	III. Stundung, Tilgungsaussetzung, Prolongation, interne Umschuldung	153
	IV. Verrechnung von Zahlungseingängen und Insolvenzanfechtung	154
	V. Verrechnung mit Zahlungseingängen auf an das Kreditinstitut sicherungsbediente Forderungen	161
	VI. Verwertung beweglichen Sicherungsgutes	165
	VII. Hereinnahme zusätzlicher Sicherheiten, AGB-Pfandrecht, Sicherheitenpoolverträge	166
	VIII. Darlehenskündigung	171
	IX. Rückführungsvereinbarungen; Konsolidierungsdarlehen	174
B.	Neukreditvergabe in der Krise	174
	I. Sanierungskredit	175
	II. Überbrückungskredit	176
	III. Sicherheiten	176
	IV. Sittenwidrige Gläubigerbenachteiligung bzw. Insolvenzverschleppung durch Gewährung eines aus Schuldnervermögen besicherten Kredits in der Krise, § 826 BGB	179
C.	Sonstige Maßnahmen, Möglichkeiten und Haftungsgefahren der Kreditinstitute	180
	I. Bündelung von Gläubigerinteressen	180
	II. Beteiligung am Krisenunternehmen	180
	III. Nebenvereinbarungen im Kreditvertrag zur Absicherung des Sanierungserfolgs	182
	IV. Verkauf notleidender Kreditforderungen	184
§ 6	Vermeidung von Insolvenzanfechtungen	187
A.	Allgemeines	189
	I. Gegenstand der Insolvenzanfechtung	190
	II. Benachteiligung der Insolvenzgläubiger	191

III.	Rechtsfolge der Anfechtung	198
IV.	Fristberechnung für die Anfechtungstatbestände, Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung	200
V.	Geltendmachung der Anfechtung, Rechtsweg	201
VI.	Verschärfungen bei nahestehenden Personen	204
VII.	Bargeschäft	205
B.	Die einzelnen Anfechtungstatbestände	205
I.	Kongruente Deckung (§ 130 InsO)	206
II.	Inkongruente Deckung (§ 131 InsO)	212
III.	Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen (§ 132 InsO)	219
IV.	Deckungsanfechtung an nahestehende Personen, § 133 Abs. 2 InsO	219
V.	Vorsätzliche Benachteiligung (Vorsatzanfechtung, § 133 Abs. 1 InsO)	220
VI.	Unentgeltliche Leistung (§ 134 Abs. 1 InsO)	245
VII.	Ergänzung zur Anfechtung nach §§ 134 und 133 Abs. 1 InsO bei Dreipersonenverhältnissen	249
VIII.	Gesellschafterdarlehen und andere Finanzierungen, § 135 InsO n.F. (früher: Eigenkapitalersetzende Darlehen, § 135 InsO a.F.)	256
IX.	Hinweise zu Verrechnung und Aufrechnung	258
X.	Zusammenfassung der Anfechtung von Lohnzahlungen gegenüber Arbeitnehmern	260
XI.	Exkurs: Anfechtung von Honorarzahlungen an den Sanierungsberater	266
§ 7	„Typische“ Straftaten in der Krise der GmbH	275
A.	Vorbemerkung	276
B.	Allgemeine Straftatbestände mit Relevanz in Insolvenznähe	277
I.	Betrug (§ 263 StGB)	277
II.	Kreditbetrug (§ 265b StGB)	278
III.	Untreue (§ 266 StGB)	278
IV.	Vorenthalten von Arbeitnehmer-Sozialversicherungsbeiträ- gen (§ 266a Abs. 1 StGB)	282
V.	Nichtanzeige bei Verlust der Hälfte des Stammkapitals (§§ 49 Abs. 3, 84 GmbHG)	283
VI.	Falsche Angaben gegenüber dem Handelsregister	283
VII.	Sonstige in der Krise relevante Straftaten	283
B.	Spezielle Insolvenzdelikte	284
I.	Bankrott (§ 283 StGB)	284
II.	Verletzung der Buchführungspflichten (§ 283b StGB)	286
III.	Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB)	286
IV.	Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB)	287
V.	Insolvenzverschleppung (§ 15a Abs. 4 und 5 InsO)	287
§ 8	Haftungsgefahren für Gesellschafter in der Krise der GmbH	291
A.	Insolvenzgesellschaftsrecht	296

Inhaltsverzeichnis	XV
B. Haftkapitalsystem und Gläubigerschutz	297
C. Haftung für die Kapitalaufbringung	300
I. Haftung bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Namen der Gesellschaft vor Eintragung	300
II. Haftung bei fehlerhafter Kapitalaufbringung bei Geldeinlage ..	305
III. Haftung bei fehlerhafter Kapitalaufbringung bei offener Sacheinlage	318
IV. Haftung bei verdeckter Sacheinlage	321
V. Haftung für die Kapitalaufbringung bei Verwendung von Mantel- und Vorratsgesellschaften, wirtschaftliche Neugründung	330
VI. Geltendmachung, Darlegungs- und Beweislast, Verjährung der Kapitalaufbringung	337
VII. Haftung der Mitgesellschafter und des Anteilserwerbers	340
VIII. Haftung bei Falschangaben	342
IX. Exkurs: Wirksame Einlageleistung bei GmbH & Co. KG und GmbH & Still	343
D. Haftung des Gesellschafters für die Kapitalerhaltung – verbotene Rückzahlung des Stammkapitals (§§ 30 Abs. 1, 31 GmbHG)	345
I. Tatbestand der verbotenen Stammkapitalrückzahlung	345
II. Beispiele verbotener Einlagenrückgewähr aus der jüngeren Rechtsprechung	347
III. Darlehensgewährung an Gesellschafter aus gebundenem Vermögen der GmbH, Cash Pool	350
IV. Rechtsfolgen der verbotenen Stammkapitalrückzahlung	351
V. Vollwertiger Gegenleistungsanspruch, Darlehen aus Stammkapital, Cash-Pooling, EAV – § 30 Abs. 1 S. 2 GmbHG	355
VI. Verjährung und Sonstiges	358
VII. Exkurs: Rückzahlungen bei GmbH & Co. KG und GmbH & Still	358
E. Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der GmbH	363
I. Unterkapitalisierung	363
II. Durchgriffshaftung	364
III. Deliktische Verschuldenshaftung gegenüber Gesellschaftsgläubigern nach § 826 BGB	365
IV. Existenzvernichtender Eingriff	366
F. Eigenkapitalersatzhaftung nach alter und für Altfälle fortgeltender Rechtslage	373
G. Haftung aus Gesellschafterdarlehen und anderen Fremdfinanzierungen durch den Gesellschafter in der Insolvenz der GmbH	373
I. Aufhebung des Eigenkapitalersatzrechts	373
II. Verortung der Regelungen zur Gesellschafterfinanzierung im Insolvenzrecht	375
III. Erfasste Gesellschaftsformen	376
IV. Persönlicher Anwendungsbereich, Erstreckung auf einem Gesellschafter gleichgestellte Dritte	376

V.	Aufhebung der sog. Rechtsprechungsregeln, Rückleistungsverpflichtungen nach Insolvenzanfechtung, Unmaßgeblichkeit der Krise der Gesellschaft	381
VI.	Auswirkungen bei Gesellschafterdarlehen	382
VII.	Auswirkungen bei Gesellschaftersicherheiten (Bonitätsleihe) ..	393
VIII.	Auswirkungen bei Nutzungsüberlassungen durch den Gesellschafter	399
IX.	Sicherheiten aus Gesellschaftsvermögen für Gesellschafterdarlehen	406
X.	Bezug zum Strafrecht	408
XII.	Geltendmachung	409
XIII.	Steuerrechtliche Anmerkungen	409
H.	Haftung des Gesellschafters bei Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen, statutarischen oder vertraglichen Verlustausgleichsregelungen	412
I.	Schicksal des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages in Krise und Insolvenz	412
II.	Statutarische Verlustausgleichsregelungen	418
III.	Schuldrechtliche Verlustausgleichsverpflichtungen	419
I.	Zusammenfassung der Risiken bei Cash-Pooling	419
I.	Kapitalaufbringung und Cash-Pooling	419
II.	Kapitalerhaltung und Cash-Pooling	421
III.	Cash-Pooling und Insolvenzanfechtung	422
IV.	Weitere Risiken, insbesondere für den Geschäftsführer	422
J.	Firmenbestattung und „Insolventourismus“	423
I.	Führungslosigkeit	423
II.	Sog. Firmenbestattung: Sachverhalte, gerichtliche Entscheidungen	424
III.	Missbrauchsbekämpfung	428
§ 9	Haftungsgefahren für Geschäftsführer in der Krise der GmbH	435
A.	Grundsätzliches zur Geschäftsführerhaftung	438
I.	Übersicht über die Haftungstatbestände	439
II.	Haftungsgrundtatbestand – Culpahhaftung, § 43 Abs. 1 und 2 GmbHG	440
III.	Faktischer Geschäftsführer	448
IV.	Möglichkeiten der Haftungsbegrenzung	449
B.	Insolvenzverursachungshaftung	456
I.	Krisenfrüherkennung	456
II.	Sanierungspflicht	457
III.	Gehaltsreduzierung	457
IV.	Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit Aufbringung und Erhaltung des Stammkapitals	459
V.	Verbotene Zahlungen an Gesellschafter, § 64 Satz 3 GmbHG ..	462
VI.	Haftung für existenzvernichtende Eingriffe; vorsätzliche Verursachung der Insolvenz	467
VII.	Nichteinberufung der Gesellschafterversammlung	468

VIII. Weitere Pflichten des GmbH-Geschäftsführers bei drohender Zahlungsunfähigkeit	468
C. Insolvenzverschleppungshaftung	469
I. Ersatzpflicht für „verbogene“ Zahlungen an Gläubiger der Gesellschaft, § 64 Satz 1 u. 2 GmbHG	469
II. Insolvenzverschleppung – Schutzgesetzverletzung	494
D. Sonstige typische Haftungsgefahren in der Krise der Gesellschaft ..	504
I. Sozialversicherungsbeitragsvorenthaltung	504
II. Unterlassene Insolvenzsicherung von Altersteilzeit–Wertguthaben	511
III. Rückständige Steuern	512
IV. Eingehungsbetrug, Bankrott, andere Schutzgesetze, § 826 BGB, cic	520
§ 10 Besonderheiten bei der Unternehmergegesellschaft/UG (haftungsbeschränkt), der englischen „Limited“ und der GmbH & Co. KG .	523
A. Rechtsformwahlfreiheit und Freizügigkeit in der EU – u.a. die Englische „Limited“	524
B. Die Unternehmergegesellschaft/UG (haftungsbeschränkt).....	525
I. Die UG als GmbH mit Sonderregelungen	526
II. Abweichungen von der „normalen“ GmbH	526
III. Gefahren und Zweifelsfragen	527
C. Die englische „Limited“	534
I. Entbehrllichkeit des Gebrauchs im deutschen Rechtsverkehr	534
II. Persönliche Haftungsgefahren für die Gesellschafter und Geschäftsführer, Anwendbarkeit deutschen Rechts?	535
D. Zusammenfassung der Besonderheiten bei der GmbH & Co. KG (ohne natürliche Person als Vollhafter)	539
I. Haftung bei fehlerhafter Aufbringung des Kommandit- und Stammkapitals	539
II. Haftung bei Rückzahlung des Kommandit- und Stammkapitals	540
III. Gesellschafterdarlehen und vergleichbare Finanzierungen	544
V. Haftung des Geschäftsführers	545
VI. Insolvenz	546
§ 11 Haftungsgefahren für Berater im Sanierungsprozess der GmbH .	549
A. Zivilrechtliche Haftungsgefahren	550
I. Haftung gegenüber dem Mandanten	550
II. Haftung gegenüber Dritten	557
III. Kausalität der Pflichtverletzung für den Schaden	561
IV. Haftung in der Sozietät	562
B. Gefahren für Berater als Beteiligte an Straftaten	562
I. Täterschaft und Teilnahme	562
II. Mitwirkung bei übertragender Sanierung	563
III. Insolvenzverschleppung	563
IV. Buchführungs-, Bilanzierungsdelikte, Verletzung der Berichtspflicht	564

V.	Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB)	564
VI.	Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen (§ 266a StGB) und Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	565
VII.	Betrug (§ 263 StGB) und Kreditbetrug (§ 265b StGB)	565
VIII.	Sanierungsschwindel	565
C.	Mandatsbeendigung	565
§ 12	Sanierung im Insolvenzverfahren	567
A.	Vorbemerkungen, Vorbereitung der Sanierung	572
B.	Insolvenzeröffnungsverfahren	574
	I. Insolvenzeröffnungsantrag	575
	II. Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses; Einfluss auf die Wahl des Insolvenzverwalters	584
	III. Mitwirkungs- und Auskunftspflicht des Schuldners, Sicherungsmaßnahmen	585
	IV. Vorläufige Insolvenzverwaltung (§§ 21 Abs. 2 Nr. 1, 22 InsO)	586
	V. Fortführung des Unternehmens im Insolvenzeröffnungsverfahren, Sanierungsvorbereitung	590
	VI. Entlassung und Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	595
C.	Einfluss der Gläubiger auf das Insolvenzverfahren	597
	I. Gläubigerversammlung	597
	II. Abwahl des Verwalters	598
	III. Stimmrechtsentscheidungen	598
	IV. Gläubigerausschuss	599
	V. Akteneinsichtsrecht der Gläubiger	600
D.	Einfluss der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf die GmbH	602
	I. Auflösung der Gesellschaft	602
	II. Stellung der Geschäftsführer	604
	III. Stellung der Gesellschafter	608
	IV. Gesellschaftsrechtliche Befugnisse des Insolvenzverwalters	610
E.	Übertragende Sanierung und Unternehmenskauf als Asset-Deal aus der Insolvenz (Distressed M&A)	612
	I. Verfahrenswege	612
	II. Zeitfaktor	614
	III. Besonderheiten bei der Due Diligence	615
	IV. Unternehmenskauf bereits im Insolvenzeröffnungsverfahren?	615
	V. Unternehmenskauf unmittelbar nach Verfahrenseröffnung vor dem Berichtstermin	616
	VI. Exklusivität und andere Absicherungen des Verkaufsprozesses	616
VII.	Fortführung des Unternehmens im Insolvenzeröffnungsverfahren und Sanierungs- bzw. Transaktionsvorbereitung	617
VIII.	Asset Deal aus dem eröffneten Insolvenzverfahren der GmbH	618
F.	Arbeitsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	623
	I. Betriebsübergang nach § 613a BGB als Sanierungshindernis?	623
	II. Weitere arbeitsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	629
G.	Eigenverwaltung (§§ 270 ff. InsO)	638
	I. Allgemeine Kriterien für die Wahl der Eigenverwaltung und sinnvolles Vorgehen	638

II. Verfahrensverbesserungen durch das ESUG	640
III. Voraussetzungen für die Anordnung der Eigenverwaltung, § 270 Abs. 2–4 InsO	641
IV. „Vorläufige“ Eigenverwaltung nach § 270a InsO	642
V. Sog. „Schutzschildverfahren“, § 270b InsO	645
VI. Gesellschaftsrechtliche Einflüsse im vorläufigen Eigenverwal- tungsverfahren	648
VII. Betriebsfortführung im vorläufigen Eigenverwaltungsverfah- ren	649
VIII. Haftungsgefahren für den vorläufig eigenverwaltenden Schuldner	651
IX. Beendigung der vorläufigen Eigenverwaltung	657
X. Durchführung der Eigenverwaltung nach Verfahrenseröff- nung	658
H. Insolvenzplan (§§ 217ff. InsO)	659
I. Vorbemerkungen	659
II. Insolvenzplanverfahren	661
III. Inhalt des Insolvenzplans	672
I. Einbezug der Gesellschafter/Anteilsinhaber in den Insolvenzplan, Kapitalmaßnahmen und Unternehmensakquisition im Insolvenz- planverfahren; Distressed M&A	675
I. Vorbemerkung und Allgemeines	675
II. Gesellschaftsrechtliche Zweifelsfragen bei Einbezug der Anteilsinhaber in den Insolvenzplan – Kollision zwischen Gesellschafts- und Insolvenzrecht?	677
III. Umwandlungen nach dem UmwG aus der Insolvenz	690
J. Schutzschild- und Insolvenzplanverfahren als Mittel innergesell- schaftlicher Auseinandersetzungen?	693
I. Der Fall des Suhrkamp-Verlages	693
II. Literaturauffassungen und Stellungnahme	696
III. Mögliche Rechtsbehelfe der Gesellschafter im Insolvenzver- fahren	699
IV. Schlussbetrachtung	702
K. Abwägung der Vor- und Nachteile einer „freien“ Sanierung und einer Sanierung im Insolvenzverfahren	702
I. „Freie“ Sanierung	703
II. Sanierung im gerichtlichen (Insolvenz-)Verfahren	704
L. Insolvenz im Konzern	705
§ 13 Sanierung des Gesellschafters	707
A. Eigenes Sanierungskonzept	707
B. Persönliches Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung (RSB) ...	708
I. Verbraucherinsolvenzverfahren (§§ 304ff. InsO)	708
II. Restschuldbefreiung (§§ 286ff. InsO)	714
Sachverzeichnis	729